

Arbeitgeber fordern weiteren Reallohnverzicht bis 2029

Unsere Warnstreiks haben Bewegung gebracht. Das erste Angebot ist da - und es muss uns Sorgen machen: Die Arbeitgeber wollen weitere Reallohnverluste durchsetzen und entwerten damit das Engagement der Beschäftigten in der Branche.

Tausende Kolleginnen und Kollegen haben sich an unseren Warnstreiks beteiligt. Gemeinsam haben wir gezeigt: Wir stehen hinter unseren Forderungen und sind bereit, dafür Druck zu machen. Das hat Bewegung in die Verhandlungen gebracht. In der zweiten Verhandlungsrunde am 2. November in Frankfurt haben die Arbeitgeber ein erstes Gehaltsangebot vorgelegt. Doch das Angebot bleibt weit hinter unseren Forderungen zurück. Deshalb ist jetzt klar: Wir müssen uns gemeinsam stark machen.

Neun Monate nichts – danach viel zu wenig

Die Arbeitgeber bieten eine Laufzeit von 36 Monaten, von Oktober 2026 bis September 2029, mit folgenden Schritten:

Das Arbeitgeberangebot

- Neun Nullmonate von Oktober 2026 bis Juni 2027
- 2,2 Prozent mehr Gehalt ab Juli 2027
- Weitere 2,0 Prozent ab Juli 2028
- Laufzeit bis Ende September 2029 (36 Monate)

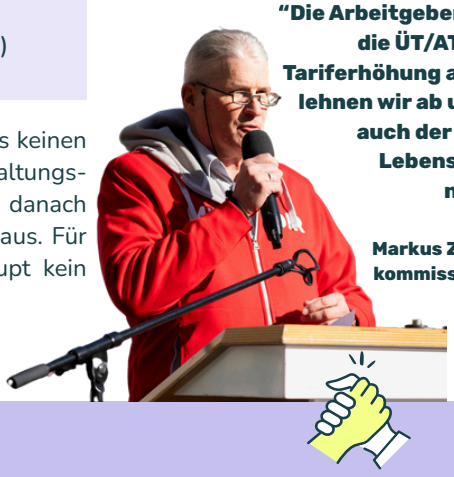
Das bedeutet: Bis Ende Juni kommenden Jahres soll es keinen zusätzlichen Euro geben. Die gestiegenen Lebenshaltungskosten tragen wir währenddessen allein. Und auch danach fallen die angebotenen Erhöhungsschritte zu niedrig aus. Für das letzte Jahr der dreijährigen Laufzeit ist überhaupt kein weiterer Erhöhungsschritt vorgesehen.



Unsere Antwort: Wir lassen uns nicht für drei Jahre mit einem unzureichenden Angebot abspeisen. Die Beschäftigten leisten jeden Tag einen entscheidenden Beitrag zum Erfolg der Banken. Sie verdienen eine spürbare und dauerhafte Verbesserung ihrer Einkommen.

Unsere Forderungen bleiben der Maßstab

Wir fordern 6 Prozent mehr Gehalt bei einer Laufzeit von zwölf Monaten und 300 Euro mehr im Monat für Nachwuchskräfte. In den Tarifgesprächen setzen wir uns dafür ein, dass auch übertariflich bezahlte (AT-) Beschäftigte von den Tarifentwicklung profitieren.



“Die Arbeitgeber wollen die Belegschaft spalten und die ÜT/AT-Beschäftigten von einer künftigen Tariferhöhung ausschließen. Diese Ungerechtigkeit lehnen wir ab und erwarten hier eine Einbeziehung auch der übertariflichen Gehälter. Steigende Lebenshaltungskosten machen schließlich nicht vor ÜT/AT-Beschäftigten halt!”

Markus Zittlau, Mitglied der ver.di-Verhandlungskommission und freigestellter Betriebsrat bei der Commerzbank (Zentrale)

mit-dir-verdi.de/private-banken

MIT DIR WIRD ES EINE SICHERE BANK

ver.di

Nachwuchskräfte: Keine Antwort auf berechtigte Forderungen



Für Auszubildende und dual Studierende fordern wir 300 Euro mehr im Monat und setzen uns für eine unbefristete Übernahme in Vollzeit ein. Denn junge Menschen brauchen eine Vergütung, mit der sie ihren Alltag finanzieren können, und eine verlässliche berufliche Perspektive. Umso unverständlicher ist es für uns, dass die Arbeitgeberseite für Nachwuchskräfte nicht einmal ein Angebot gemacht hat. Wer Nachwuchskräfte gewinnen und halten will, muss ihnen mehr bieten als schöne Worte. Deshalb machen wir gemeinsam Druck – für bessere Einkommen und einen sicheren Berufseinstieg!

„Arbeitgeber fordern Flexibilität, für unsere Zukunftssicherheit fühlen sie sich nicht zuständig. Wir schon – unbefristete Übernahme jetzt!“

Sara-Lena Junold, Mitglied der Verhandlungskommission



Auch bei den weiteren Themen: keine Gesprächsbereitschaft

Eine faire Gehaltserhöhung ist zentral. Doch in dieser Tarifrunde geht es um mehr: Wir setzen uns dafür ein, Gehaltsbestandteile in bis zu 20 zusätzliche freie Tage umzuwandeln, sowie für fünf freie Tage nur für ver.di-Mitglieder.

Wir wollen die derzeitige gesetzliche Regelung, wonach für die ersten drei Krankentage kein Krankenschein vorgelegt werden muss, tariflich absichern. Ebenso brauchen wir verbindliche tarifliche Regelungen für den Wandel in den Banken:

Beschäftigungsschutz, vorausschauende Personal- und Qualifizierungsplanung sowie die Gestaltung des Einsatzes von KI. Alle diese Themen lehnt die Arbeitgeberseite weiterhin ab.

„Die Arbeitgeber verlangen drei Jahre Planungssicherheit für sich, verweigern den Beschäftigten aber verbindliche Sicherheiten für ihre berufliche Zukunft. Gerade beim Einsatz von KI brauchen die Menschen aber Schutz, Qualifizierung und Perspektiven. Diese Fragen gehören an den Tariftisch“

Jan Duscheck
ver.di-Verhandlungsführer



Unsere Tarifbewegung der letzten Woche war ein guter Anfang. Jetzt müssen wir ein gutes Ergebnis durchsetzen.

Die Warnstreiks haben gezeigt, dass unser gemeinsamer Einsatz etwas verändert. Und sie haben gezeigt: Wir sind deutlich stärker geworden. Das erste Angebot zeigt aber ebenso deutlich: Der bisherige Druck reicht noch nicht aus, um die Arbeitgeber zu einem guten Abschluss zu bewegen.

Deshalb werden wir die Warnstreiks in den kommenden Wochen ausweiten. Bis zur nächsten Verhandlungsrunde am 23. November in Berlin müssen die Arbeitgeber spüren, dass ein solches Angebot keine Grundlage für einen Abschluss sein kann, sondern unsere Entschlossenheit wächst. Dafür brauchen wir noch mehr Kolleginnen und Kollegen, die gemeinsam aktiv werden.

Jetzt kommt es auf dich an!

Das erste Angebot ist schlecht und würde für uns einen weiteren Reallohnverlust bedeuten.

Nicht mit uns! Jetzt kommt es auf uns alle an: Sprich mit deinen Kolleginnen und Kollegen, mach bei den nächsten Aktionen mit und motiviere andere. Je mehr wir sind, desto eher kommt ein Angebot, das unsere Arbeit wertschätzt und unsere Einkommen sowie Zukunftsperspektiven sichert. Mit dir setzen wir mehr durch!

“Wir hören es ganz unverhohlen von den Arbeitgebern am Verhandlungstisch: “Wir sind nicht dafür zuständig, für euch die Inflation auszugleichen.“ Unsere Antwort darauf ist klar: Wenn am Verhandlungstisch die Verantwortung abgeschoben wird, geben wir die Antwort gemeinsam auf der Straße.”

Gerald Polzin,
Mitglied der ver.di- Verhandlungskommission und stellvertretender Betriebsratsvorsitzender Deutsche Bank Berlin



mit-dir-verdi.de/private-banken

Impressum: V.i.S.d.P. ver.di – Fachgruppe Bankgewerbe
Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Verantwortlich: Jan Duscheck